



PRESSEKONFERENZ

**ÖVP für volle Transparenz bei
neuem Öffi-Beirat und Aktenaffäre.**

Gemeinderats-Initiativen der ÖVP Linz.

- **Vize-Bürgermeister Bernhard Baier**
 - **Klubobmann Martin Hajart**

Dienstag, 23. Oktober 2018

11.30 Uhr

OÖ Presseclub, Saal A

Neuer Öffi-Beirat ist demokratiepolitisch bedenklich

Vergangene Woche ist die Debatte um die Besetzung eines neuen Gremiums für den öffentlichen Verkehr in Linz entbrannt. Ein entsprechender Antrag steht auf der Tagesordnung des Gemeinderates am Donnerstag. Stein des Anstoßes der Kritik durch die ÖVP-Fraktion ist nicht der neue, den Linz Linien übergeordnete Beirat an sich. Das rechtliche Konstrukt ist auf Grund der ab 2019 laut EU-Recht anzuwendenden Ausschreibungsnotwendigkeiten bei Öffi-Projekten notwendig. Mit dem neuen Gremium sichert man sich angesichts dessen nachvollziehbar die Möglichkeit der direkten Vergabe an die stadteigenen Linz Linien. Es soll durch das neue Gremium dem Grunde nach eine städtische Dienststelle dargestellt werden, bei dem die Stadt den notwendigen Einfluss hat.

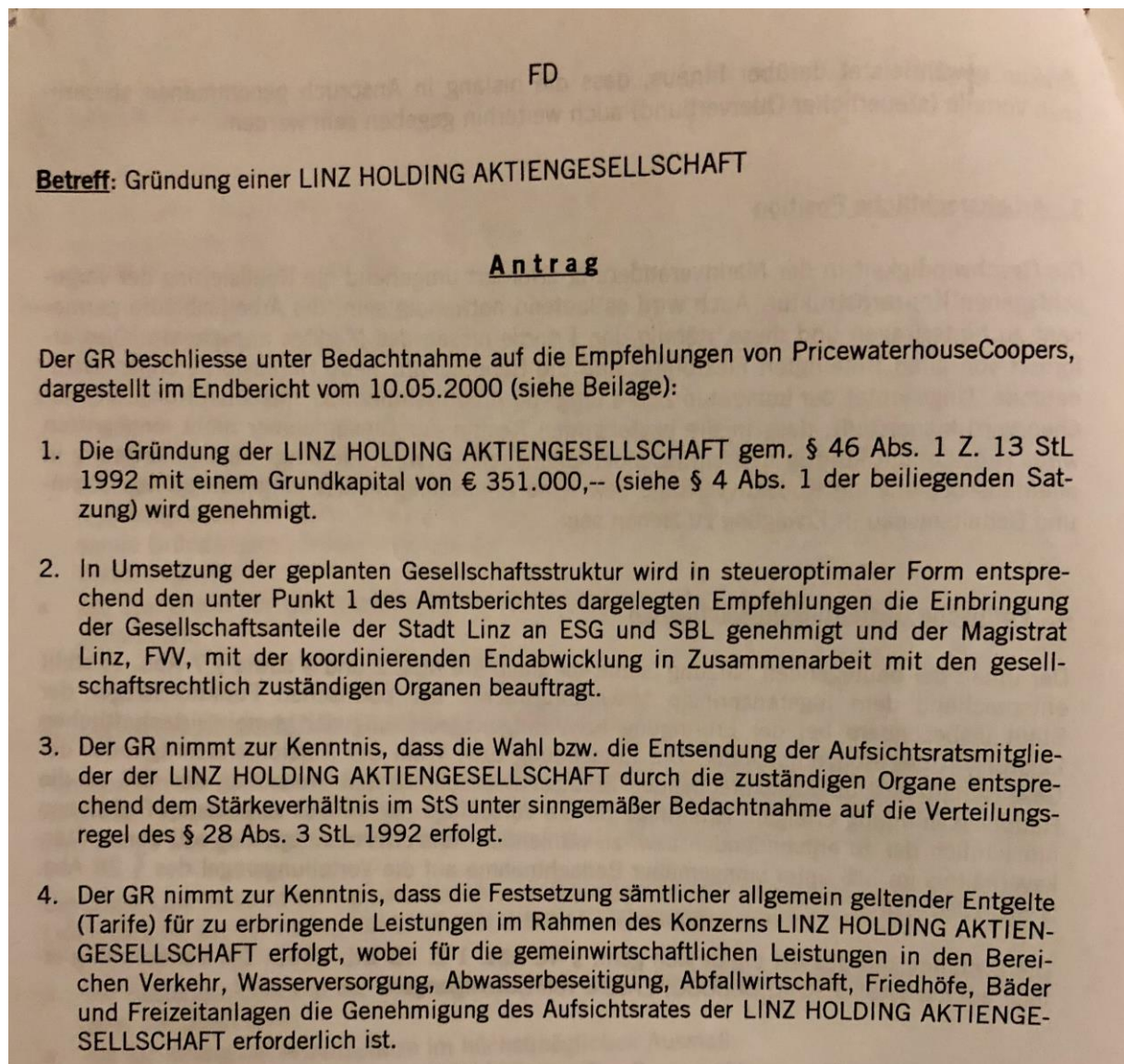
Die Kritik der ÖVP richtet sich auf die einseitige politische Besetzung des neuen Gremiums. Denn der Beirat wird durch 3 Personen mit insgesamt 9 Stimmen besetzt. 8 Stimmen davon teilen sich SPÖ-Bürgermeister Klaus Luger und FPÖ-Verkehrstadtrat Hein zu gleichen Teilen, Linz AG-Chef Erich Haider erhält eine Stimme.

Vize-Bürgermeister Bernhard Baier hält die Einrichtung eines regelrechten „Geheimgremiums“ als demokratiepolitisch bedenklich. SPÖ und FPÖ würden sich hier etwas zuschanzen, was es in dieser Art bisher überhaupt noch nie gegeben hat. Der Bürgermeister soll 4 Stimmen bekommen, wie auch der FPÖ-Stadtrat mit 4 Stimmen abgebildet sein soll. Im Vergleich dazu haben beide Parteien in der Stadtregierung nur 5 Stimmen. Das könnte man auch ganz anders lösen. Solche Methoden sind nicht notwendig und schaden dem Klima in der Stadt.

„Wir plädieren für eine Besetzung nach dem D'Hondt-Verfahren, das spiegelt die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten politischen Kräfte wider“, bekräftigt **Baier**. Die ÖVP wird daher einen Abänderungsantrag stellen, der genau das beinhaltet – eine Besetzung nach D'Hondt. **Denn wenn im Zusammenhang mit dem Öffi-Verkehr eine städtische Dienststelle abgebildet werden soll, dann muss man auch sehen, dass bei bestehenden städtischen Dienststellen – je nach**

Wertgrenze – kollegiale Beschlusserfordernisse im Stadtsenat bzw. im Gemeinderat erforderlich sind.

GR-Antrag aus dem Jahr 2000 zur heutigen Linz AG. Hier ist ersichtlich, dass nach D'Hondt besetzt werden muss: (siehe Faksimile)

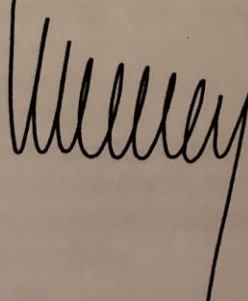


4. Politische Gestaltungsmöglichkeiten

Der Inhalt der beiliegenden Satzung (siehe vor allem § 9 Abs. 2 und 4 sowie § 7 Abs. 1) stellt entsprechend dem Ingerenzprinzip Mitwirkungsrechte der politischen Funktionsträger der Stadt insbesondere bei der Erbringung bzw. Entgeltsgestaltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen des Konzerns sicher. Die Entsendung bzw. Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft wird über entsprechenden Stadtsenatsbeschluss bzw. Vorschlag des StS an die Hauptversammlung erfolgen. Grundlage für die Vorschläge der im StS vertretenen Fraktionen hinsichtlich der zu entsendenden bzw. zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder soll deren Stärkeverhältnis im StS unter sinngemäßer Bedachtnahme auf die Verteilungsregel des § 28 Abs. 3 StL 1992 sein.

Die Zuständigkeit des GR ergibt sich gem. § 46 Abs. 1 Z. 13 StL 1992. Die Verrechnung erfolgt auf der VASSt 5.9140.080000, Erwerb von Beteiligungen.

Der Finanzdirektor:



PrA:



Impulse für umweltfreundliche, nachhaltige Mobilität in der Stadt – ÖVP-Antrag für Mobilitätsboxen bei Neubauprojekten der GWG

Klimaschutz im Verkehr stellt eine immer größere energie- und umweltpolitische Herausforderung dar. Einer der größten Hoffnungsträger hierbei ist die Elektromobilität. *„Die von einer Linzer Firma entwickelte Park- und Verleihstation für Elektroautos und Fahrräder, die bereits in einer Wohnanlage in Linz-Urfahr zum Einsatz kommt, ist ein gutes Beispiel dafür, wie Impulse für eine umweltfreundliche, nachhaltige Stadtentwicklung gesetzt werden können“*, erklärt **Klubobmann Martin Hajart**. Ausgestattet ist diese Mobilitätsbox mit drei (diebstahlsicheren) Parkboxen, einer E-Ladesäule, sowie mit zwei Elektro-Fahrrädern.

Derartige Mobilitätsboxen auch bei Neubauprojekten der GWG zu integrieren, bringt nicht nur Vorteile für die Umwelt, sondern auch für die Flexibilität der Linzer Bewohner. *„Durch das Park- und Bike-Sharing-Angebot werden sie unterstützt, im Alltag auch ganz auf das Auto verzichten zu können und werden so finanziell entlastet“*, so **Hajart**.

Der zuständige politische Referent sowie die Geschäftsführung der GWG Linz sollen nun prüfen, inwieweit bei Neubauprojekten der GWG eine Integration von

Mobilitätsboxen (kombinierte Park- und Verleihstationen für entsprechende Elektrofahrzeuge samt E-Ladesäulen) möglich ist, um dieses Modell bzw. weiterentwickelte Überlegungen zur Förderung der Elektromobilität in Verbindung mit dem Wohnbau stärker voranzutreiben.“

Stadt-Bonus für Auto-Abmeldung – ÖVP-Antrag soll Anreiz setzen, Zweitauto gegen E-Bike oder Öffi zu tauschen.

Mit Jahresbeginn waren in Linz mehr als 100.000 Autos zugelassen. Knappe Ressourcen und die Folgen des Klimawandels zeigen deutlich: die Zukunft der urbanen Mobilität liegt im Rad- sowie im öffentlichen Verkehr.

Um die Linzerinnen und Linzer stärker zur Nutzung von (Elektro)Fahrrädern sowie von Bim und Bus und den gleichzeitigen Verzicht auf das Auto zu animieren, sind spezielle Anreize notwendig. Eine geeignete Maßnahme könnte sein, Personen einen Zuschuss zur Jahreskarte („Mega-Ticket“) oder für den Ankauf eines (Elektro)Fahrrades anzubieten, wenn sich der Autobesitzer dazu entschließt, seinen Pkw abzumelden und gleichzeitig dazu verpflichtet, im folgenden Jahr kein neues Auto anzumelden. Damit könnte sowohl der Parkdruck verringert als auch die Nutzung von Pkw für kurze innerstädtische Wege reduziert werden.

„Besonders für Linzer Familien mit Zweitauto soll der städtische Bonus ein Anreiz sein auf Öffis oder auf das E-Bike für kurze Wege in der Stadt umzusteigen und das Auto auf lange Sicht stehen zu lassen. Diese Initiative trägt zur Entlastung der angespannten Verkehrssituation bei“, so **Gemeinderat Michael Rosenmayr**.

Gegen Lichtsmog – ÖVP-Antrag für ein smartes, nachhaltiges Beleuchtungs-Management in Linz!

Lichtglocken, die nachts Städte und Regionen einhüllen, lassen im Durchschnitt 90 Prozent der mit freiem Auge sichtbaren Sterne verschwinden. Messungen zeigen einen rapiden und exponentiellen Anstieg der Aufhellung des Nachthimmels von zwei bis acht Prozent jährlich. Schon 83 Prozent der Weltbevölkerung und 99 Prozent der Europäer leben damit unter einem lichtverschmutzten Himmel, der eine Belastung für den menschlichen Biorhythmus, die Tierwelt und ob des Energieverbrauchs für die

Umwelt insgesamt ist. Untersuchungen zeigen: weltweit werden 19 Prozent der verbrauchten Elektrizität für Beleuchtung aufgebracht.

„Mit einem smarten, nachhaltigen Lichtmanagement soll Linz der Lichtverschmutzung in der Stadt gegensteuern. Gleichzeitig darf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in der Nacht dadurch aber nicht eingeschränkt werden. Städtische Außenbeleuchtungen sollen erst einmal in einem Pilot-Stadtteil Schritt für Schritt durch Beleuchtungsmittel mit modernster Technologie umgerüstet werden. Denn ein sinnvoller und effizienter Einsatz von Beleuchtung ist nicht nur ein wertvoller Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch für Tier und Mensch eine Entlastung“, so Gemeinderätin Maria Mayr.

Ziel muss der zielgerichtete, effizientere und sensible Umgang mit modernen Leuchtmitteln und Beleuchtungsstärken sein. Der Fokus soll dabei auf Nachhaltigkeit und die Steigerung der Energieeffizienz gelegt werden. Damit sollen beispielsweise unerwünschtes Streulicht und Blendungen der Vergangenheit angehören. Für den Bereich Lichtverschmutzung gibt es keine gesetzlichen Vorgaben, allerdings hat das Land Oberösterreich 2017 einen Leitfaden, der Empfehlungen für Licht im Außenraum beinhaltet, entwickelt. Einige Gemeinden haben mit Hilfe dieses Leitfadens ihre Außenbeleuchtung bereits umgestellt. Auch die Stadt Linz hat mit dem Projekt „Smart Light“ im Stadtteil Grüne Mitte bereits ein Projekt für intelligentes Energiemanagement unter dem Überbegriff „Smart City“ gestartet.

Künftig sollen städtische Außenbeleuchtungs-Projekte auf Basis des neuen Leitfadens gestaltet werden. Zudem soll eine ‚Schritt-für-Schritt-Umrüstung‘ von Außenbeleuchtungen auf Beleuchtungsmittel neuester Technologie für einen Pilot-Stadtteil geprüft und dem zuständigen Ausschuss über das Ergebnis der Prüfung berichtet werden.

Linzer Aktenaffäre: Gemeinsamer GR-Antrag ÖVP, Grüne und Neos:

Gemeinsamer Antrag der Aufklärerallianz zur Einbindung aller Fraktionen in die städtische Stellungnahme zum Rechnungshofbericht – nur so kann Objektivität sichergestellt und ein roter Alleingang verhindert werden.

Statt nun endlich Offenheit und Transparenz in der Aufklärung der Causa rund um mehr als 2.000 verjährte Akten im Linzer Magistrat walten zu lassen, setzen die Verantwortlichen offenbar weiterhin auf Geheimhaltung und Verteidigungsstrategien. Auf Kosten der Steuerzahler bastelt die SPÖ-Magistratsspitze an einer Abwehrstrategie, bei der bisher angeblich 377.000 Euro an Rechtsanwaltskosten angefallen sind, wie laut Medienberichten der Rechnungshof kürzlich ans Licht gebracht hat. Schließlich wurden vom Gemeinderat bis dato für die Aktenaffäre nur 200.000 Euro an Anwaltskosten für die Aufarbeitung genehmigt. Wie kann es daher sein, dass beinahe doppelt so viel angehäuft wurde und weder der Gemeinderat oder Kontrollausschuss mit nur einem Wort informiert wurden? Hier herrscht dringende Erklärungsnot der Verantwortlichen, da der Rechnungshof die Rechtsanwaltskosten als „vermeidbar“ und „wenig transparent“ bezeichnet hat sowie die „fehlende Prüfung der Preisangemessenheit“ kritisiert und eine „fehlende fundierte Entscheidungsgrundlage“ für die Gremien festgestellt hat.

Fakt ist, die Magistratsspitze hält nach wie vor jegliche Informationen unter Verschluss. Da nun auch Lugers Parteikollegin, die geschäftsführende Bürgermeisterin Karin Hörzing (sie vertritt Luger auf Grund seiner Befangenheit), für die Anwaltskosten verantwortlich ist und damit in die Vorwürfe des Rechnungshofes in der Causa involviert ist, ist eine objektive Stellungnahme von ihr zum Bericht de facto unmöglich. **ÖVP, Grüne und Neos fordern daher mit einem gemeinsamen Antrag in der kommenden Gemeinderatssitzung am 25. Oktober zur Sicherstellung einer objektiven Stellungnahme, eine Einbindung aller Fraktionen.** Der Rechnungshofbericht soll in vertraulichen Sitzungen des Stadtsenates sowie des Kontrollausschusses beraten werden. Nur so kann auch garantiert werden, dass eine objektive Stellungnahme seitens der Stadt zum RH-Bericht abgegeben werden kann. Auch jene 46 Empfehlungen, die vom Bundesrechnungshof in seinem Prüfbericht an die Stadt abgegeben wurden, müssten in die Arbeit des Sonderkontrollausschusses einfließen, auch um eine Verbesserung in der Verwaltungsorganisation des Magistrats zu erzielen.